

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 03.03.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadtmuseum "Christian Wolff Haus"  
Sitzungsraum  
Große Märkerstraße 10  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Andreas Schachtschneider  
Frau Heike Wießner  
Frau Ute Haupt  
Herr René Trömel  
Herr Robert Bonan  
Herr Klaus Hopfgarten  
Frau Ilona Hackel  
Herr Dr. Hendrik Kluge  
Frau Carola Messerschmidt  
Frau Anja Pohl  
Frau Carmen Wiebach  
Frau Katja Raab  
Frau Sabine Wolff  
Frau Dr. Inés Brock  
Herr KR Ralf Berger  
Herr Leonhard Dölle  
Frau Beate Gellert  
Herr Richter Bruno Glomski  
Frau Antje Klotsch  
Herr Uwe Kramer  
Frau Renate Leonhard  
Herr Philipp Pieloth  
Frau Peggy Rarrasch  
Frau Helga Schubert  
Frau Katharina Brederlow  
Herr Tobias Kogge  
Frau Petra Schneutzer

i.V. der Vorsitzenden des JHA die Sitzung leitend

i.V. von Hanna Haupt anwesend

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Hanna Haupt  
Herr Torsten Bognitz  
Herr Max Privorozki  
Frau Susanne Wildner

entschuldigt  
entschuldigt, auch Vertreter

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.02.2011
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Arbeitskreis "Trennung, Scheidung, Umgang Stadt Halle (Saale)"
- 6. Bericht zum Pflegekinderdienst /Adoptionsvermittlung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie Stadt Halle (Saale)
- 7. Beschlussvorlagen
  - 7.1. Bestellung eines/einer ersten und zweiten stellvertretenden Protokollführers/-in für den Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: V/2010/09419
  - 7.2. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)  
Vorlage: V/2010/09392
  - 1. Lesung!**
  - 7.3. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12  
Vorlage: V/2010/09214
  - 7.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009  
Vorlage: V/2010/09413
  - 7.4.1 Haushaltsplan 2011 - Änderung zur Planversion 40  
Vorlage: V/2011/09539
  - 7.4.2 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)  
Vorlage: V/2011/09589
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 10. Mitteilungen
- 11. Themenspeicher
- 12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 13. Anregungen

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es waren keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass auf Grund der Erkrankung von Frau Hanna Haupt, er die heutige Sitzung in Vertretung leiten wird.  
Er eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass zum TOP 7.4. Haushalt noch eine Beschlussvorlage zu Änderungen in der Planversion 40 an die Mitglieder versendet worden ist, die als Unterpunkt 7.4.1 noch auf die TO gesetzt werden muss.

**Herr Kogge sprach** an, dass TOP 7.3. - Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung – parallel zu TOP 7.4. – BEP 2011 – behandelt werden soll. Da die BEP 2011 heute als 1. Lesung anzusehen ist, sollte der TOP 7.3. ebenfalls als solche angesehen werden.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass von Frau Sabine Wolff und Frau Schubert heute Anträge zum Haushalt vorgelegt und verteilt worden sind. Diese setzt er als 7.4.2 und 7.4.3 auf die TO.

**Frau Wolff beantragt**, dass der TOP 7.3. heute behandelt werden soll. Das Thema muss dringend behandelt werden, um die Bestandsfähigkeit der Jägerschule zu sichern. Das Landesverwaltungsamt, Bereich Schule weist sonst keine neuen Schüler mehr der Förderschule zu und die Zahl der verbleibenden Schüler sinkt weiter. Sie kündigte vorsorglich mit an, dass wenn keine Behandlung des TOP 7.3. erfolgt, sie einen Dringlichkeitsantrag stellen wird, der beinhaltet, dass der JHA beschließt, dass die Förderschule Am Jägerplatz erhalten bleibt.

**Weitere Mitglieder des JHA** unterstützten dies.

**Herr Schachtschneider sprach** an, dass der TOP 7.3. zur Behandlung und Abstimmung auf der TO der heutigen Sitzung verbleibt.

**Frau Wolff bat darum**, dass der TOP 7.3 mit TOP 7.4. verschoben wird, also die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung erst nach dem Haushalt behandelt wird. Sie muss für kurze Zeit die Sitzung verlassen, um der Namensbenennung der Straße Helmut Pera beizuwohnen, kommt aber dann zur Sitzung zurück.

**Herr Schachtschneider** sagte die Veränderungen zur TO nochmals an:  
TOP 7.4 wird dem TOP 7.3. vorgezogen  
Zum TOP 7.4. Haushalt gibt es Ergänzungen: 7.4.1 Beschlussvorlage Änderung Haushalt-Planversion 40 , dann 7.4.2 Antrag von Frau Schubert und 7.4.3 Änderungsantrag von Frau Wolff.

**Er ließ zur veränderten TO abstimmen.**  
**Diese wurde mit 1 Enthaltung angenommen.**

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 03.02.2011**

---

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt (1 Enthaltung).

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Schachtschneider** gab die in nichtöffentlicher Sitzung des JHA am 03.02.2011 gefassten Beschlüsse bekannt:

#### **Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Übertragung des Schulumweltzentrum Franzigmark"**

Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

3. Der BUND-Regionalverband Halle Saalekreis erhält für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von höchstens 57.420 T€. Der konkrete Betrag richtet sich monatsanteilig nach dem Datum des Vertragsbeginns. In den Folgejahren schmilzt der Jahresbetrag ~~um~~ jährlich **höchstens um 5 %** ab.

#### **Übertragung des Schulumweltzentrum Franzigmark**

##### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Übertragung des Schulumweltzentrums einschließlich der Ökoschule an den **BUND-Regionalverband Halle Saalekreis**.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, einen Pachtvertrag mit vertraglich fixierten Kündigungsfristen mit dem BUND-Regionalverband Halle Saalekreis abzuschließen.
3. Der BUND-Regionalverband Halle Saalekreis erhält für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von höchstens 57.420 T€. Der konkrete Betrag richtet sich monatsanteilig nach dem Datum des Vertragsbeginns. In den Folgejahren schmilzt der Jahresbetrag ~~um~~ jährlich **höchstens um 5 %** ab.

### zu 5 **Bericht zum Arbeitskreis "Trennung, Scheidung, Umgang Stadt Halle (Saale)"**

---

**Herr Schachtschneider** gab das Wort an Frau Urban, Teamleiterin im Amt für Kinder, Jugend und Familie und Mitglied im Arbeitskreis „Trennung, Scheidung, Umgang Stadt Halle (Saale).

Den Mitgliedern wurde die Präsentation zum Bericht vorab ausgelegt.

**Frau Urban hielt den Bericht und anschließend konnten Fragen dazu gestellt werden.**

**Frau Ute Haupt fragte an, ob** es die Möglichkeit gibt, dass ein Kontakt zu den Eltern hergestellt wird und diese auch Verbindungsmitglied zum Kind sind? Wer ist Ansprechpartner hierbei?

**Frau Urban antwortete**, dass es Beratungsstellen für Eltern gibt. Oftmals haben Eltern bereits Kontakt zu einem Sozialarbeiter und dieser wird angefragt und begleitet dann.

**Frau Ute Haupt fragte an**, ob das per Gerichtsbeschluss oder als freiwillige Maßnahme anzusehen ist.

**Frau Urban antwortete**, dass es eine unterschiedliche Handhabung gibt. Bei hochstrittigen Elternpaaren kann das Gericht das im Beschluss mit aufnehmen, das Beratungsstellen aufzusuchen sind.

**Frau Pohl fragte an**, wie viel Fälle das durchschnittlich im Jahr sind, also wie viel Familien nehmen das in Anspruch.

**Frau Urban antwortete**, dass im Bereich des ASD über 90 Elternpaare bereit sind, eine Beratung anzunehmen bzw. sich dort abzuholen.

Da keine weiteren Fragen waren, dankte **Herr Schachtschneider** für die Berichterstattung.

## **zu 6 Bericht zum Pflegekinderdienst /Adoptionsvermittlung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie Stadt Halle (Saale)**

---

**Herr Schachtschneider gab das Wort an Frau Michael**, Mitarbeiterin im Pflegekinderdienst.

**Frau Michael** verwies darauf, dass der Pflegekinderdienst und die Adoptionsvermittlungsstelle als ein Fachdienst fungieren, da Aufgabengebiete artverwandt sind und es in fachlicher Hinsicht viele Überschneidungen gibt. Es gibt 6 Mitarbeiterinnen in drei Ressorts des Amtes.

Heute wird auf die Thematik Adoption und Adoptionsvermittlung eingegangen. Die Ansprechpartner für Adoption sind mit Postanschrift im Stadtteilzentrum Süd, Radeweller Weg erreichbar.

Frau Michael stellte das Aufgabenspektrum und den Ablauf des Bewerbverfahrens zur Eignungsprüfung adoptionswilliger Paare vor. Sie machte die Rolle der Adoptionsvermittlerin und deren Verantwortung im Adoptionsverfahren deutlich. Sie verwies auf das Verhältnis halleischer Adoptionsbewerbungen und Bewerbungen auswärtiger Paare. Abschließend benannte sie statistische Angaben zu den Fallzahlen 2010 im Bereich der Adoptionsvermittlungsstelle Halle.

Frau Michael ging auf die Zusammenarbeit im Projekt Babyklappe/anonyme Geburt ein. Sie verwies auf die hierzu bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Netzwerk Leben, welche seit 2005 besteht und welche die Vorgehensweise bei der anonymen Abgabe eines Kindes im Krankenhaus regelt. Sie erläuterte den Ablauf im konkreten Fallbezug.

**Herr Dölle fragte zur** Begrifflichkeit „halboffene Vermittlung“ nach. Außerdem fragte er an, wie Vermittlung erfolgt und wie lange dies dauert.

**Frau Michael antwortete**, dass eine „halboffene Vermittlung“ bedeutet, dass die leiblichen als auch die Adoptiveltern Informationen erhalten, ohne dass Daten weiter gegeben werden. Durch diese Information ist ein Austausch in beide Richtungen über die Adoptionsvermittlungsstelle möglich. Nach dem Beschluss zur rechtlichen Adoption ist eine Begleitung solange möglich, wie die Adoptiveltern diese wünschen. Oftmals ist es so, dass Kinder und Jugendliche, wenn diese das Pubertätsalter erreicht haben, zur Nachfrage bei ihnen vorsprechen.

**Anfrage Frau Gellert**, inwieweit hier finanzielle Verhältnisse der Eltern eine Rolle spielen. Soweit ihr bekannt ist, müssen diese Fragen beantworten, die diese teilweise „nackig“ machen.

**Frau Michael antwortete**, dass Adoptiveltern keine Hartz IV-Empfänger sein dürfen. Dies wird auch durch das Gericht verlangt, da ein Adoptivkind nicht schlechter gestellt werden darf.

**Anfrage Frau Rarrasch**, ob es eine Altersbegrenzung für Bewerber gibt.

Gibt es bundesdeutsche Vergleichszahlen zu den in Halle vermittelten 14 Kindern?

**Frau Michael antwortete**, dass bei Bewerbern das Mindestalter 21 Jahre und ein Partner davon mindestens 25 Jahre betragen sollte. Das Maximum an Altersunterschied Kind-Eltern liegt bei 40 Jahren. Es soll ein natürlicher Eltern-Kind-Abstand gewahrt werden.

Hinsichtlich bundesdeutscher Vergleichszahlen teilte sie mit, dass die Zahlen an das Landesverwaltungsamt gemeldet werden. In Halle ist die Vermittlungszahl sehr hoch, was mit der Sozialstruktur in der Stadt zusammen hängt.

**Frau Brederlow sagte** zu, wegen der bundesdeutschen Zahlen im LVA anfragen zu lassen.

**Anfrage Frau Dr. Brock**, wie viel unversorgte Kinder es gibt.

**Frau Michael antwortete**, dass eine pauschale Zahl hierzu nicht vorliegt. Vermittlungsprobleme gibt es bei kranken, behinderten und älteren Kindern, welche schwer vermittelbar sind. Auch farbige

Kinder sind ein großes Problem, da viele Bewerber sich hier wegen ihres Umfeldes dies nicht zutrauen.

**Anfrage Herr Bonan** zum Begriff der „Fremdoption“.

**Frau Michael antwortete**, dass eine klassische Variante der Adoption die Verwandtschafts- oder Stiefkindadoption ist. Kennen Kind und Adoptionse Eltern sich nicht, wird von „Fremdoption“ gesprochen.

Da keine weiteren Anfragen waren, **dankte Herr Schachtschneider** für die Berichterstattung.

## **zu 7      **Beschlussvorlagen****

---

### **zu 7.1      **Bestellung eines/einer ersten und zweiten stellvertretenden Protokollführers/-in für den Jugendhilfeausschuss** Vorlage: V/2010/09419**

---

**Herr Schachtschneider fragte** an, ob es Nachfragen zur Vorlage gibt. Da dies nicht der Fall war, rief er zur Abstimmung auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

#### **Beschlussvorschlag:**

Im Einvernehmen mit dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale) bestellt die Oberbürgermeisterin Herrn Bernd Werner als **ersten stellvertretenden** Protokollführer und Frau Schneller-Panier als **zweite stellvertretende** Protokollführerin für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses.

### **zu 7.2      **Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)** Vorlage: V/2010/09392**

---

**Frau Schöps sprach an**, dass die BEP erst heute vorgelegt wurde, weil der Abstimmungsbedarf innerhalb der Verwaltung einige Zeit in Anspruch genommen hatte. Die Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) 2011 ist ausführlicher als bisher erarbeitet worden. Hier ist der Zeitraum von 5 Jahren enthalten, um Entwicklungstendenzen deutlicher zu machen. Es besteht ein rechtlicher Anspruch auf einen KITA-Platz. Die BEP wird nächste Woche auch im Unterausschuss Jugendhilfeplanung behandelt, vorab war dies nicht möglich. Heute ist diese Vorstellung als 1. Lesung anzusehen und im April steht diese wieder auf der TO.

Sie erläuterte anhand einer Präsentation (siehe auch Anlage 1 in der BEP) die Entwicklung im Bereich KITA und verwies auf die Planungsgrundsätze 2011. Bspw. beinhalten diese, dass neue Einrichtungen nur noch in den Gebieten der Innenstadt (südliche, nördliche und Mitte) in der BEP aufgenommen werden und nur unter der Bedingung, dass der jeweilige Träger nachhaltig andere Einrichtungen bei entsprechendem Erfordernis aufgibt.

**Frau Schubert sprach an**, dass es im Bereich der Horte große Probleme gibt. Beim DRK ist die Kapazität ausgereizt. Wann wird über die Hortentwicklungsplanung gesprochen?

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Hortentwicklung mit der Schulentwicklung zusammen angesehen werden muss. Thema Inklusion ist ein Problem. Mit dem Kultusministerium laufen Gespräche. Gegenwärtig laufen die Anmeldungen, ca. im April kennen wir den Stand hierzu. Es muss

ergänzend zur BEP weitere aufbauende Planung geben. Landesweit läuft die Diskussion zur Doppelnutzung von Einrichtungen. Sie hofft, dass im Mai verlässliche Zahlen vorliegen.

**Frau Dr. Brock sprach an**, dass im Deckblatt zur Anlage auf Kostenverursacher oder Wirtschaftsfaktor hingewiesen wird. Hier sollte die Polarisierung nicht auf Kostenverursachung liegen. Wirtschaftsfaktor und Investition – dies wäre entsprechend in der Darstellung veränderungsbedürftig. In Kürze sind Landtagswahlen und es ist zu erwarten, dass im KiFög nochmals Änderungen erfolgen. Wie gehen wir dann damit um, wenn die BEP 2011 vorher so beschlossen worden ist. Sie fragte auch zum Teil in der Begründung S. 1 an, welcher zur weiteren Kostendeckung auch den Beschluss einer entsprechenden Gebührensatzung aussagt. Muss das dort stehen?

**Frau Brederlow antwortete**, dass im Rahmen der Haushaltsplanung deutlich wird, dass für den Bereich Kita jährlich steigende Kosten durch die Stadt zu tragen sind, so dass Maßnahmen zur Kostendeckung angestrebt werden. Bezüglich der zu erwartenden KiFög-Änderung nach der Landtagswahl geht sie davon aus, dass 2011 dies nicht umsetzbar sein wird. Im Sozialministerium gibt es eine Arbeitsgruppe zum KiFög, so schnell wird Änderung nicht möglich sein. Wenn diese kommen wird dies sicher erst 2012 greifen.

**Frau Gellert sprach der** Verwaltung ein Lob für die vorgelegte BEP aus. Sie sprach an, dass die in der Begründung angestrebte Maßnahme zur Kostendeckung „Festlegung der Eigenbeteiligung der Träger von 5%“ nicht leistbar ist. Wenn müsste „bis zu 5 %“ stehen, das wäre dann Verhandlungssache.

**Frau Ute Haupt fragte** zur Auslastung von den benannten 87% im Krippenbereich nach, sie ist von 100% hier ausgegangen.

**Frau Schöps antwortete**, dass Träger hier flexibel reagieren, nicht Struktur Krippe oder Kindergarten sondern die Plätze werden durch die Träger austangiert.

**Herr Kogge sprach an**, dass jetzt eine neue Situation mit Zahlen und Fakten vorliegt. Es soll angeregt werden, hier in die Fachdiskussion zu gehen. Ein Problem ist die Suche nach Erzieherinnen, die Nachfrage hat den Markt „leer gefischt“. Zur anvisierten Maßnahme der Eigenbeteiligung von 5% bei den Trägern resultiert daraus, dass eine Ausgleichsfinanzierung erfolgen muss. Bei den Kommunen sind die Kassen leer. Es ist eine Ermessensfrage 1 – 5%. Die Geburtenrate wird bis 2015 um ca. 300 Kinder und bis 2025 um bis zu 500 Kinder zurück gehen. Im Land Sachsen-Anhalt sind zu wenig Frauen im gebärfähigen Alter. Absehbar ist, dass es Probleme bei den Hortplätzen geben wird, da hier der Bedarf am größten eingeschätzt wird. 54% der Erstklässler wohnen zwischen Zoo, Reilsberg und Stadion. Die Grundschul- und Altstadtproblematik ist jetzt schon klar. Wie kann eine Lösung herbei geführt werden. Es muss eine Doppelnutzung von Einrichtungen erfolgen, um dem gerecht zu werden.

**Frau Schubert sprach an**, dass die Träger diese Eigenbeteiligung nicht tragen können. Dies ist aber nicht Beschlussinhalt ebenso wenig wie die Gebührensatzung. Wenn die Eigenbeteiligung mit 5% käme, würde dies das gesamte Netz der Betreuung durch die Träger Beeinträchtigen.

**Frau Brederlow verwies** auf den Auftrag aus dem Stadtrat heraus, welcher besagt, dass Reduzierungsvorschläge zu unterbreiten sind. Das Jugendamt soll 4 Mio € einsparen. Wir haben einen Planungsauftrag und diese drei Punkte auf s. 1 der Begründung aufgenommen. Per Gesetz ist eine Erhöhung der Eigenbeteiligung der Träger bis zu 5 % möglich.

**Frau Dr. Brock wies** darauf hin, dass dies in der Begründung und nicht im Beschlusstext enthalten ist. Warum woanders Einrichtungen schließen wenn auch von Neubau die Rede ist?

**Herr Kramer fragte an**, wieso die BEP vorab nicht im Unterausschuss behandelt worden ist und verwies hier auf § 80 SGB VIII.

**Frau Schöps antwortete** auf die Frage von Frau Dr. Brock, dass beim Neubau einer Kita dies nicht in die BEP muss, im Rahmen der Erteilung der Betriebserlaubnisse durch das Jugendamt wird dies hier mit verankert.

**Frau Brederlow antwortete** auf Herrn Kramers Einwand, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorher in Planungsprozesse einbezogen werden soll. Diesmal war das Abstimmungsverfahren innerhalb der Verwaltung sehr schwer. Frau Schöps kommt nächste Woche in die Sitzung des UA und wird dort die BEP erklären. Die Verwaltung bemüht sich, zukünftig hier wieder vorab den UA einzubeziehen, dieses ist als Ausnahme zu betrachten.

**Anfrage von Frau Gellert**, wie mit der Situation umgegangen werden soll, wenn sich dieses Jahr im I. Schuljahr heraus stellt, welche Kinder förderfähig sind. Muss ein Antrag auf integrativen Hort dann gestellt werden?

**Frau Brederlow antwortete**, dass ein Sprachdefizit einen erhöhten Förderbedarf darstellt aber dieses Problem nicht für einen integrativen Hort anzusehen ist. Der Personalschlüssel im KiFöG muss erhöht werden, um dem gerecht zu werden. Der Prozess dazu läuft. Qualitätsstandards müssen überprüft werden.

**Herr Dölle fragte an**, ob er es richtig sieht, dass die Begründung nicht beschlossen wird sondern nur die Beschlussvorschläge einschließlich der Anlagen. Dies wurde **durch die Verwaltung bestätigt**.

**Anfrage durch Frau Pohl**, wie die konkreten Pläne zur Umsetzung hinsichtlich der Erweiterung der Plätze Tagespflege aussehen. Es muss eine Qualifizierung dieser Leute erfolgen, wie sollen 100 Plätze geschaffen werden?

**Frau Brederlow antwortete**, dass laut KiFöG keine Entlastung für Horte da sein wird.. Insofern ist angedacht, die Tagespflegen zu erweitern. Die angestrebten 100 Tagespflegeplätze in den nächsten 3 Jahren werden schwierig, da die Gewinnung von Pflegeeltern nicht einfach ist. Voraussetzungen für die Ausbildung müssen vorhanden sein. Eine Werbung ist schwierig, da die Voraussetzungen als Pflegeeltern arbeiten zu können, erfüllt sein müssen.

**Frau Pohl brachte** den Einwand, dass ihr eine Person bekannt sei, welche erst 2010 die Erlaubnis als Pflegeperson arbeiten zu können, erhalten hat, obwohl die Voraussetzungen nicht erfüllt waren.

**Die Verwaltung** prüft die Pflegeerlaubnisse und wird sich hier 2010 auch ansehen.

**Frau Klotsch sprach an**, dass Passagen aus der Begründung gestrichen werden sollten. Die angestrebten Maßnahmen bzgl. der Eigenbeteiligung der Träger von 5% sind nicht umsetzbar.

**Frau Brederlow verteilte** zum besseren Verständnis für die Vertreter der freien Träger das Papier zu den Reduzierungsvorschlägen zum Haushalt .

**Herr Kogge sprach an**, dass der Haushaltsplan anders aussieht als bisher. Die Verwaltung kommt ihrer Verpflichtung nach. U.a. wird es auch erhebliche Umschichtungen im Bereich der Förderschulen geben.

**Frau Gellert sprach an**, dass wir Kinder an Horten mit erhöhtem Förderbedarf haben. Es muss darüber gesprochen werden, wie wir damit umgehen. Die Erzieherinnen können dies nicht leisten, da hier eine spezielle Aus-/Weiterbildung erforderlich ist.

**Frau Brederlow antwortete**, dass Gespräche mit dem Sozialministerium dazu laufen, um für diesen Sommer eine Lösung zu finden.

**Herr Schachtschneider** machte aus dem Bildungsausschuss heraus darauf aufmerksam, dass die gleichen Probleme im Schulbereich anliegen.

Die 1. Lesung war beendet.

### Abstimmungsergebnis:

1. Lesung

Vertagt

**Pause von 18.00 – 18.10 Uhr**

### **zu 7.3 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12 Vorlage: V/2010/09214**

---

**Herr Kogge sprach** die Schulstandorte an und stellte das Problem der Grund- und Sekundarschulen vor. Von ehemals 43 Standorten sind in den letzten 20 Jahren 6 Standorte geblieben.

**Frau Dr. Brock** stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

**Herr Kogge** drückte sein Unverständnis hierzu aus. Die Verwaltung sollte Gelegenheit haben, die Vorlage vorstellen zu können. Wie soll das umgesetzt werden?

**Frau Wolff** unterstützte den Geschäftsordnungsantrag. Es gehe um die Bestandsfähigkeit der Förderschule Am Jägerplatz, hierzu muss abgestimmt werden.

**Herr Trömel sprach** an, dass diese Einführung, welche heute hier über Präsentation erfolgen sollte, wünschenswerter Weise im Bildungsausschuss so hätte laufen sollen. Heute geht es um den Beschluss zur Schließung der Förderschule und das soll Inhalt jetzt sein.

**Herr Schachtschneider** rief den **Geschäftsordnungsantrag von Frau Dr. Brock** zur Abstimmung auf.

Diesem **wurde einstimmig (5 Enthaltungen) zugestimmt.**

Damit rief Herr Schachtschneider zur **Abstimmung des Beschlussvorschlages** auf.

### Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen

**Einstimmig abgelehnt**

Bezugsbeschlüsse:

- Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (Beschluss Nr. V/2009/08287 vom 27.01.2010)
- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11 (Beschluss Nr. V/2009/08549 vom 24.02.2010).

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Sachsen Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009, § 44 Abs. 3, Ziff. 9 und 24 in Verbindung mit dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des 12. Änderungsgesetzes vom 14.07.2009, § 22 und der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 22.09.2008, § 4 Abs. 8 und § 7 Abs. 5 die **Schließung der Förderschule am Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12.**

## zu 7.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413

---

**Herr Schachtschneider** rief die einzelnen UA im Verwaltungshaushalt des Amtes 51 auf.

UA 4070 keine Bemerkungen

### UA 4370

Anfrage Herr Schachtschneider zur Erhöhung Fernmeldeentgelt.  
Frau Brederlow antwortete, dass über das Telefon im Frauenschutzhaus auch die Beratungsgespräche stattfinden.

**UA 4510 Frau Brederlow** verwies hier auf die vorliegende Vorlage Nr. V/2011/09539 und dem hierzu ausgeteilten Ergänzungsblatt mit den Änderungen. Hier Streichung des Punktes Verschiebung des UA 4510 in den UA 4570. Eine Verschiebung (Einnahme Jugendpauschale) ist hier nicht möglich, was eine Rücksprache mit der Kämmerei ergab. Die Jugendpauschale bleibt im UA 4510.

**UA 4520** Frau Brederlow wies darauf hin, dass hier einnahme- und ausgabeseitig 40.000 € für das Förderprogramm LAP dazu kommen. Die Änderung ist Bestandteil der Beschlussvorlage.

UA 4530 keine Bemerkungen  
UA 4550 keine Bemerkungen  
UA 4551 keine Bemerkungen  
UA 4552 keine Bemerkungen  
UA 4560 keine Bemerkungen  
UA 4570 keine Bemerkungen  
UA 4600 keine Bemerkungen

**UA 4609** Frau Brederlow verwies auf das verteilte Ergänzungsblatt zur BV V/2011/09439  
Hier muss eine Korrektur Schreibfehler UA 4609 erfolgen.  
Die Angebote wechseln zum Träger SPI und demzufolge sind keine Haushaltsmittel im UA 4609 mehr erforderlich.

**UA 4613** Frau Brederlow sprach an, dass hier eine Veränderung in der Schüler- und Kinderspeisung erforderlich ist. Es erfolgt eine Erhöhung um 4.500 €, dies wird durch Einsparungen im gleichen UA kompensiert.

**Anfrage Herr Trömel** fragte zum Kinder- und Jugendschutzzentrum Klosterstraße an, ob davon ausgegangen wird, dass die hier veranschlagten Mittel bei Wirtschaftsausstattungen tatsächlich ausreichen? Ist hier realistisch geplant worden?

**Frau Brederlow antwortete**, dass davon auszugehen ist.

**Herr Trömel fragte** an, ob auch eingeplant wurde, dass bspw. eine Waschmaschine defekt sein kann und ob hier Mittel für eine Ersatzbeschaffung vorhanden wären.

**Frau Schneider antwortete**, dass dies aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren wäre, hier also nicht enthalten ist.

### UA 4640

Frau Brederlow sprach an, dass die erwartete Erhöhung der Landeszuweisung in diesem Bereich um 2 Mio € nicht erfolgt ist. Deshalb wurde im Ergänzungsblatt heute die die Erhöhung auf den laut Bescheid bewilligten Betrag (Erhöhung nur um 1,1 Mio €) verändert.  
Im Bereich der zweckgebundenen Ausgaben (Sprachstandsfeststellung, -förderung) sind auf der Grundlage des Landesbescheides die Planansätze zu erhöhen.

### UA 4750

**Anfrage Frau Ute Haupt** wieso hier noch nicht die Veränderung zur Verteilung der Mittel in anderen UA bzgl. der Schöpfkelle ersichtlich sind. Im Jugendhilfeausschuss gab es doch einen Beschluss dazu.

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies im Stadtrat beschlossen werden muss, dann kann hier im UA eine Änderung erfolgen.

**Nachfrage von Frau Rarrasch**, dass in der Beschlussvorlage zur Planversion 40 hier ein neuer Planansatz enthalten war.

**Frau Brederlow antwortete**, dass im Ergänzungsblatt von heute diese Streichung vorgelegt wurde und dies auch haushaltsrechtlich heute begründet worden ist.

Die Diskussion zum Verwaltungshaushalt war damit beendet.

**Herr Schachtschneider** rief die UA im Vermögenshaushalt auf.

UA 4070            keine Bemerkungen

UA 4370            keine Bemerkungen

UA 4520            keine Bemerkungen

UA 4551            keine Bemerkungen

UA 4600            keine Bemerkungen

UA 4613            keine Bemerkungen

**UA 4640**

**Hinweis von Frau Wolff** zu den beiden heute vorgelegten Anträgen von Frau Schubert und ihr.

**Herr Kogge** sprach an, dass es unterschiedliche Regelungen gibt, da es Miet-, Pacht- und Erbbaupachtverträge gibt. Dies kann nur unterschiedlich gelöst werden und es steht die Frage, welches Dezernat zuständig ist. Für vermietete Objekte wäre Ansprechpartner das Liegenschaftsamt. Bei anderen Besitzverhältnissen wäre der Träger der Einrichtung zuständig.

**Herr Trömel sprach an**, dass der Antrag von Frau Schubert lediglich aussagt, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, sich hier zu kümmern. Wenn dem Antrag zugestimmt wird, muss dies in der Haushaltsberatung dann eine Rolle spielen, wo dies haushaltstechnisch untersetzt wird.

**Frau Gellert sprach an**, dass eine Lösung für die Problematik gefunden werden muss. Wenn die Besitzverhältnisse eine Rolle spielen sollten, wäre es nicht im Interesse der Stadt, wenn Pachtverträge gekündigt und in Mietverhältnisse umgewandelt werden sollen.

**Frau Wolff sprach an**, dass es nicht schaden kann, wenn dies im Vermögenshaushalt 2011 eingestellt wird, hier sollte ein Votum des JHA erfolgen. In der Haushaltsdebatte kann dann darüber diskutiert werden, wie viel und wo dies eingestellt werden soll. Es muss eine Umsetzung erfolgen und wenn erst mal mit einigen KITA's begonnen wird.

**Frau Brederlow sprach an**, dass sie für das Jugendamt gesprochen, dies ebenso sieht, dass hier eine Lösung erfolgen muss. Das Jugendamt ist für die Betriebserlaubniserteilung zuständig. Das heißt auch, dass bei Verstößen auch Einrichtungen geschlossen werden müssen, wenn Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Das Jugendamt ist an einer Lösung interessiert, auch wenn wir diese nicht anbieten können.

**Frau Schubert sprach an**, dass die Problematik prioritär zu behandeln ist.

**Herr Kogge verwies** in dem Zusammenhang auf die Schulen, wo ähnliche Situation besteht. Rechtlich gesehen sind die Schulen im Besitz der Stadt. Bei den KITA's gibt es unterschiedliche Rechtsverhältnisse. Im Eigenbetrieb KITA gibt es die gleiche Problematik wie bei den freien Trägern von KITA's. Die Frage ist, wie soll die Umsetzung erfolgen. Der Auftrag geht an die Verwaltung, dies zu klären. Wenn es ernst wird, muss gefragt werden, war das Geld „bei der Pflicht oder bei der Kür“.

**Frau Wolff plädiert** für den Antrag. Wir müssen im Jugendhilfeausschuss, als beschließender Fachausschuss, ein Zeichen setzen. Dann geht dies als Antrag an den Finanzausschuss.

**Frau Schubert sprach an**, dass bei ihrem Antrag auch die Einrichtungen im EB Kita nicht ausgeschlossen werden.

**Frau Klotsch sprach an**, dass die Anträge von Frau Schubert und von Frau Wolff die gleiche Intention haben. Hier könnte auch ein Antrag draus gemacht werden und darüber abgestimmt werden.

**Anmerkung Protokollführerin: Frau Schubert und Frau Wolff** verständigen sich umgehend dazu.

**Herr Schachtschneider** wies darauf hin, dass die Anträge zu dem jeweiligem TOP aufgerufen werden. Da die Diskussion zum Vermögenshaushalt des Amtes auch abgeschlossen ist, fragte er an, ob es zum Stellenplan Anfragen gibt.

**Anfrage Frau Rarrasch**, was unter „Transferpersonal“ zu verstehen ist.

**Frau Brederlow antwortete**, dass es sich hier um sogenannte „kw-Stellen“ handelt. Bei den Personalplanungen in den Ämtern wurde festgestellt, welche Personalstellen erforderlich sind oder künftig wegfallen werden. Das Personal, welches in dem jeweiligem Amt nicht mehr benötigt wird, kam in den „Transferpersonalpool“ und wird bei Bedarfen entsprechend umgesetzt bzw. eingesetzt. Unser Amt hat auf Grund des erhöhten Arbeitsaufwandes auch durch Aufgabenzuweisungen durch das Land darauf zurück greifen können und Transferpersonal für diese Aufgaben erhalten.

**Keine weiteren Anfragen zum Stellenplan.**

**Herr Schachtschneider fragte an**, ob es Nachfragen zur Haushaltskonsolidierung im Amt gibt.

**Frau Brederlow wies darauf hin**, dass auch im Jugendamt ein Fachkonzept besteht, wo Personalreduzierungen ersichtlich sind. Auf Grund der Entwicklungen in den nächsten Jahren, hier Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene sind veränderte Aufgaben für Jugendämter definiert worden. Was für das Jugendamt einen Aufgabenzuwachs bedeutet. Demzufolge ist mit einem Personalaufwuchs im Jugendamt zu rechnen.

**Herr Kogge verwies** auf die Situation. Auf Landesebene werden Aufgaben an das Jugendamt verteilt. Auch entsprechend der Auswirkungen durch die Neuregelungen im Hartz IV-Bereich wird es Auswirkungen auf die Jugendhilfe geben.

**Frau Ute Haupt fragte an**, dass die heute im JHA zum Haushalt zu fällenden Beschlüsse, Beschlüsse des JHA sind. Wenn es Änderungen im Haushalt des Amtes gibt, muss demzufolge auch wieder der JHA informiert werden. Heute wird beschlossen, worüber gesprochen wurde und nicht, was in den Reduzierungsvorschlägen zum Haushaltsplanentwurf 2011 enthalten ist.

**Herr Kogge antwortete**, dass im Stadtrat gefragt worden ist, wie die Reduzierung aussieht. Wir haben dazu Aufgaben auch im Dezernat IV erhalten. Es geht darum, wie können wir diese Einnahmen decken. Wir werden die Einnahmen bringen, welche benötigt werden. Erst im Oktober oder November werden wir wissen, was im Haushalt übrig ist.

**Frau Wolff fragte an**, was sich hinter den 4,0 Mio € KITA verbirgt. Wie soll das erreicht werden. Es sollte realistisch geplant werden und nicht mit Nachtragshaushalt wieder gekommen werden.

**Herr Kogge antwortete**, dass bedarfsgerecht geplant worden ist. Er möchte nicht die Ausgaben reduzieren, weil hier alles drin ist.

Keine weiteren Anfragen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu

bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.

3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung **des VW-Haushaltes inbegriffen der vorliegenden BV Nr. V/2011/09439 „Änderung zur Planversion 40“ und des dazu heute verteilten Ergänzungsblattes** (Änderung UA 4510 nicht Umverteilung in UA 4570, bleibt 4510; Korrektur Schreibfehler UA 4609; im UA 4640 Änderung Erhöhung Landeszuweisung/Erhöhung der zweckgebundenen Ausgaben auf der Grundlage des Landesbescheides) auf.

**Abstimmungsergebnis:**

Dem Verwaltungshaushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde **einstimmig (mit 1 Enthaltung) zugestimmt.**

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung des Vermögenshaushaltes auf.

**Abstimmungsergebnis:**

Dem Vermögenshaushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde **einstimmig zugestimmt.**

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung zum **Haushaltskonsolidierungskonzept** auf.

Dem Haushaltskonsolidierungskonzept wurde **einstimmig (mit 7 Enthaltungen) zugestimmt.**

**zu 7.4.1 Haushaltsplan 2011 - Änderung zur Planversion 40  
Vorlage: V/2011/09539**

**Anmerkung hierzu:**

**(Korrektur durch Ergänzungsblatt, im JHA 03.03.2011 verteilt!)**

---

Herr Schachtschneider sprach an, dass über die BV V/2011/09539 „Änderung zur Planversion 40“ **einschließlich des heute dazu vorgelegten Ergänzungsblattes** (Änderung UA 4510 nicht Umverteilung in UA 4570, bleibt 4510; Korrektur Schreibfehler UA 4609; im UA 4640 Änderung Erhöhung Landeszuweisung/Erhöhung der zweckgebundenen Ausgaben auf der Grundlage des Landesbescheides) **bereits unter TOP 7.4. Verwaltungshaushalt abgestimmt worden ist.**

Eine gesonderte Abstimmung nochmals hierzu war nicht gewollt. Da dies bereits unter TOP 7.4. Abstimmung zum Verwaltungshaushalt erfolgt ist.

**zu 7.4.2 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)  
Vorlage: V/2011/09589**

---

Die Diskussion zu dem Antrag fand bereits unter TOP 7.4. hier Vermögenshaushalt, UA 4640 statt.

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung des **Änderungsantrages** auf, welchen Frau Schubert und Frau Wolff gemeinsam aus den vorher gestellten Einzelanträgen von ihnen formuliert hatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss hat **einstimmig zugestimmt.**

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen sicherzustellen.
2. Die Summe von 1,5 Mio. € wird im Vermögenshaushalt des Haushaltsentwurfes 2011 eingestellt. Eine Zuordnung der Haushaltsstelle wäre im Unterabschnitt 2.4640. möglich.

## zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine vor.

## zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Es lagen keine Anfragen vor.

## zu 10 Mitteilungen

---

**Herr Schachtschneider** fragte an, ob es Mitteilungen gibt.

**Frau Brederlow teilte** mit, dass die interne Stellenausschreibung für die/den Kinder- und Jugendbeauftragte/n erfolgt ist. Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen und die Bewerbungsgespräche werden laufen. Frühestens Mitte April kann eine Besetzung der Stelle erfolgen. Die Stelle wurde nicht zusätzlich geschaffen sondern kommt aus dem Bereich des Jugendamtes. Dafür stehen andere Stellen nicht mehr zur Verfügung.

Die Sozialraummanager (SRM) wurden reduziert. Pro Ressort gibt es jetzt 1 SRM also insgesamt 3 und nicht mehr 5 SRM. 1 Stelle in Persona von Frau Erfurth macht zukünftig die KITA-Planung und wird diese dann auch hier vorstellen. Die 3 SRM sind ab sofort in einem Bereich angesiedelt, im Objekt Schopenhauerstraße.

**Frau Brederlow teilte weiterhin mit**, dass angedacht ist, dass der Cliquentreff Schnatterinchen übertragen wird. Es gibt einen Träger, welcher hier Interesse bekundet hat und mit welchem das Gespräch läuft. Die Übertragung würde ohne Personal erfolgen. Wenn die Gespräche gelaufen sind wird dies durch die Verwaltung vorbereitet und hier im JHA auch eingebracht werden.

**Frau Brederlow teilte weiterhin mit**, dass am 09. Mai 2011 die nächste Fachtagung zum Kinderschutzgesetz stattfinden wird, hierzu ist auch u.a. Dr. Wiesner eingeladen. Die Einladungen gehen in den nächsten Wochen raus.

**Frau Brederlow teilte weiterhin mit**, dass es durch/zu Y-pool eine Veröffentlichung über Plakate und Postkarten gab, zu denen es Einwände durch den Kinder- und Jugendschutz des Amtes gab. Sie gab hierzu eine Postkarte in Umlauf zur Kenntnisnahme. Hierzu wird es noch ein Gespräch mit dem Träger von y-pool geben, da hier eine Fachaufsicht gegeben sein sollte. Die Veröffentlichungen sind durch Jugendinitiativen erfolgt und sind aus Kinder- und Jugendschutzrechtlicher Sicht zurück zu halten. Deshalb bat sie die Träger, falls Plakate und Postkarten hierzu vorliegen, diese unter Verschluss zu nehmen.

### Weitere Mitteilungen:

**Herr Glomski** teilte mit, dass es einen Qualitätszirkel Halle und Saalekreis gibt, Ansprechpartnerin ist Frau Daniela Zocholl von der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN. Motto: „respect! – Gemeinsame Verantwortung für Jugend durch interprofessionelle Netzwerke“ 1x monatlich Zusammenkünfte mit Vertretern und Mitarbeitern von Behörden, freien Trägern und schulischen Einrichtungen macht. Ziel ist es, Jugendliche in ihrer schulischen, beruflichen und individuellen Entwicklung zu fördern und Gewalt und Kriminalität entgegen zu wirken. Hier arbeiten auch Vertreter

von Polizei, Staatsanwalt und Gericht mit. Herr Glomski verteilte ein Infoblatt hierzu, da der Qualitätszirkel aktuelle Kontaktdaten von Einrichtungen sucht, um eine Übersicht aller Kooperationspartner erstellen zu können.

**Herr Glomski teilte** weiter mit, dass es am 17.03.2011 um 21.00 Uhr im ZDF eine Sendung gibt. Hier hat er als Interviewpartner für die Problematik Schulbummelanten und 2. Chance Bildungsweg zur Verfügung gestanden.

**Frau Pohl teilte mit**, dass sich eine Arbeitsgruppe zur Bildung auf Landeselterninitiative gegründet hat. Sie bittet hier um Unterstützung auch auf Landesebene.

**Frau Gellert teilte mit**, dass im „TURM“ am 08. März eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag stattfindet. Dazu verteilte sie eine Infopostkarte. Weiterhin teilte sie mit, dass am 02. April ab 17.00 Uhr in der Robert-Koch-Str. 33 eine Fußballnacht veranstaltet wird. Dazu verteilte sie ein Infoblatt.

## zu 11 Themenspeicher

---

**Frau Brederlow sprach an**, was der Themenspeicher für JHA 07. April 2011 vorsieht.

Hier wird es den Bericht „Jugend stärken, Aktiv in der Region geben.“

In 1. Lesung steht die Jugendhilfeplanung – hier Neuausrichtung der Förderung gemäß §§ 11-14, 16 SGB VIII an. Bericht Schulsozialarbeit und im nichtöffentlichen Teil, insofern der Haushalt beschlossen wurde, die Prioritätenvorlage. Zur Gebührensatzung kann gesprochen werden, wenn der Haushalt beschlossen wurde. Aufgrund der Haushaltslage wird der Beschluss des JHA nicht umgesetzt werden können, da dies zu sinkenden Einnahmen führt.

## zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Rarrasch fragte an**, ob es Termine für die Sozialraumgruppen gibt.

**Frau Brederlow antwortete**, dass mit den Ressortleitern über die Terminplanung gesprochen wurde. Es gibt unterschiedliche Arbeitsstände in den Sozialraumgruppen, bis Ende Juni 2011 sollen die neuen Sozialraumgruppen gebildet werden. Die Terminplanung der einzelnen Sozialraumgruppen kann der Niederschrift angehängt werden.

**Frau Wolff fragte an**, ob Frau Leonhardt von der Freiwilligenagentur in den JHA zur Vorstellung des Standes der Fundraisingstelle eingeladen werden kann.

Die Verwaltung sagte dies im Zusammenhang der Behandlung der Jugendhilfeplanung-Neuausrichtung für den JHA 07. April zu.

**Frau Dr. Brock fragte an**, ob es Träger gibt, die sich an der „Ich kann was-Initiative“ beteiligen wollen.

**Die Verwaltung sagte** eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Dölle antwortete**, dass es nach seinem Kenntnisstand keinen Träger bisher gibt, der sich hier beteiligt, dies kann sich aber noch ändern.

**Frau Gellert sprach an**, dass es einen Kommunikationsabbruch zwischen den Ressorts im Amt gegeben hat, wie sind hier die Zuständigkeiten/Ansprechpartner für die Sozialraumgruppen.

Frau Brederlow antwortete, dass laut Geschäftsordnung die Sozialraummanager zuständig sind. Diese (Herr Placke, Frau Engelhardt, Frau Neumann) sind, wie schon vorab informiert wurde, jetzt im Objekt Schopenhauerstraße 4 erreichbar.

**Herr Trömel** hat 6 Fragen schriftlich formuliert und an die Protokollführerin gereicht. Er bittet um zeitnahe Beantwortung bis zur nächsten Sitzung.

**Frau Ute Haupt fragte** zur Information von Frau Brederlow nach, dass der Cliquentreff „Schnatterinchen“ übertragen werden soll. Gibt es hier interessierte Träger?

Frau Brederlow antwortete, dass die Übertragung, wie bereits erwähnt, ohne Personal erfolgen soll. Es gibt einen interessierten Träger, welcher noch sein Konzept hierzu an die Verwaltung einreicht und mit welchem Gespräche laufen. Dies wird dann auch im JHA besprochen werden, wenn es soweit ist.

### **zu 13     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Schachtschneider

Uta Kaupke

Stellv. Vorsitzender

Protokollführerin